

Antrag des Kommunistischen StudentInnenverbandes (KSV) an die ÖH-Bundesvertretung:

Kein Kaputtsparen bei der Bildung!

Die ÖH-BV hat bereits ihre Stellungnahme zum neuen Lehrer_innendienstrecht verfasst und setzt sich weiterhin für die darin formulierten Anliegen gegenüber dem Ministerium und den Gewerkschaften ein und unterstützt Studierende die sich in diesem Sinne engagieren.

Begründung

Zu echten Reformen im Sinne eines freien, hochwertigen und fairen Bildungssystems unfähig, legte die Bundesregierung mitten im Wahlkampf einen Entwurf zur Novellierung des Dienstrechtes im pädagogischen Dienstes vor, dessen Hauptintention ganz offensichtlich die langfristige Einsparung von Budgetmitteln ist. Dieser lässt eine deutliche Verschlechterung der Situation für SchülerInnen und Lehrkräfte befürchten: Die Ausdehnung der Unterrichtsverpflichtung trifft gerade vor- und nachbereitungsintensiven Gegenstände (etwa: Sprachen) besonders stark. Ebenso werden eklatante Qualitätseinbußen durch die Möglichkeit, Lehrkräfte in Fächern einzusetzen, die sie nicht studiert haben, offensichtlich in Kauf genommen. Auch eine „Induktionsphase“ mit voller Unterrichtsverpflichtung, während der noch Lehrveranstaltungen zu absolvieren und Arbeiten zu verfassen sind, erschwert sowohl qualitativen Unterricht als auch den Studienerfolg der Lehramtsstudierenden.

Die Studierendenvertretung darf nicht dabei zusehen, wie Bildung kaputtgespart und die Perspektiven für zehntausende Lehramtsstudierende verschlechtert werden. Stattdessen muss Druck für ein gerechtes und ausfinanziertes Bildungssystem gemacht werden, das engagierten Pädagoginnen und Pädagogen Raum und Zeit für qualitativen Unterricht samt Vor- und Nachbereitung bietet.